

### Die transatlantische Partnerschaft EU/USA

Am 25. Juni 2003 sind der amtierende Präsident des Europäischen Rates Konstantin Simitis und der Präsident der Europäischen Kommission Romano Prodi in Washington mit US-Präsident George W. Bush zu dem inzwischen jährlich stattfindenden EU/USA-Gipfel zusammen gekommen. Auf europäischer Seite nahmen außerdem der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, und auf amerikanischer Seite Vizepräsident Dick Cheney, Außenminister Colin Powell und Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice sowie weitere hochrangige politische Repräsentanten teil. Der letzte EU/USA-Gipfel fand im Mai 2002 ebenfalls in Washington statt. Besondere Bedeutung erhielt die diesjährige Zusammenkunft, weil es sich dabei um das erste EU/USA-Gipfeltreffen nach dem Ende des Irak-Krieges handelte. Auf der Agenda des Treffens standen der Friedensprozess im Nahen Osten, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Entwicklung in Afghanistan, Südkorea und im Iran, die drohende Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie die weitere Liberalisierung des Welthandels.

Trotz der im Zusammenhang mit ihrem militärischen Vorgehen gegen den Irak entstandenen Kontroversen bleiben die Vereinigten Staaten von Amerika weiterhin der wichtigste globale Partner der EU. Neben der starken kulturellen Verbundenheit bekennen sich beide Seiten zu den gemeinsamen Werten Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Die USA haben 1945 den westlichen Teil Europas von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft befreit und in der Zeit der sowjetischen Bedrohung den Westeuropäern politischen und militärischen Schutz geboten. Gleichzeitig förderten sie den europäischen Einigungsprozess. Nach dem Ende des Ost-Westgegensatzes unterstützten die USA auch die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten auf ihrem Weg in die NATO und EU.

Vor allem seit Ende des Kalten Krieges hat sich beiderseits des Atlantiks das Konsultations- und Kooperationsnetz noch weiter verdichtet. In der „Transatlantischen Erklärung“ von 1990 vereinbarten die EU und die USA regelmäßige Treffen auf Präsidenten- und Außenministerebene sowie intensive diplomatische Kontakte. Auf der Ebene der Außenminister finden diese Treffen inzwischen viermal jährlich statt, wobei die Europäische Union von der EU-Troika vertreten wird.

Im Juni 2001 kam es beim Europäischen Rat in Göteborg erstmals zu einem Zusammentreffen eines US-Präsidenten mit den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten. Ein neues Kapitel der Beziehungen begann jedoch schon mit der Unterzeichnung der „Neuen Transatlantischen Agenda“ (NTA) auf dem EU/USA-Gipfel in Madrid 1995. Damals einigten sich beide Seiten auf einen Rahmen für eine noch engere politische, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit. Seitdem koordinieren die USA und die EU ihre Bemühungen, die Balkanregion zu befrieden, den Friedensprozess im Nahen Osten in Gang zu setzen, die Länder Mittel- und Osteuropas auf ihrem Weg zu Marktwirtschaft und Demokratie zu unterstützen und die Organisierte Kriminalität weltweit zu bekämpfen. Um den Welthandel zu beleben, initiierten die Unterzeichner

eine Reihe von Kooperationsforen, wie den Transatlantic Business Dialogue, den Transatlantic Consumer Dialogue, den Peoples to Peoples Dialogue und den Transatlantic Environmental Dialogue. Zeitgleich mit der „Neuen Transatlantischen Agenda“ verabschiedeten beide Seiten einen gemeinsamen Aktionsplan, der die Ziele der gegenwärtigen Zusammenarbeit beschreibt: Die Förderung von Frieden, Stabilität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Bewältigung globaler

---

„Der aktuelle Begriff“ ist eine Kurzinformation der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages.

Nachbestellungen unter: Tel. (030) 227 38670. Im Internet abrufbar unter: <http://www.bundestag.de/aktuell>.

Herausforderungen. Konkret werden damit weltweit 150 Projekte unterstützt. Im Rahmen der NTA wurde 1998 zudem die „Transatlantische Ökonomische Partnerschaft“ ins Leben gerufen, in der beide Seiten sich verpflichteten, bürokratische und zolltarifliche Handels- sowie Investitionsbarrieren abzubauen.

Die USA und EU sind nicht nur füreinander die beiden bedeutendsten politischen Partner, sie sind zudem die jeweils wichtigsten Handels- und Wirtschaftspartner. Zwischen ihnen werden mittlerweile 40 % des globalen Handels ausgetauscht. Der beiderseitige Waren - und Dienstleistungsaustausch belief sich 2001 auf 537 Mrd. US-\$. Zugleich ist die EU der größte Investor in den USA. Die EU-Direktinvestitionen in den USA beliefen sich in 2001 auf über 803 Mrd. US \$. Das entspricht fast Zweidrittel der ausländischen Gesamtinvestitionen. Demgegenüber investierten amerikanische Unternehmen im gleichen Jahr 640 Mrd. US \$ in den Mitgliedstaaten der EU. Gleichwohl herrscht in den Wirtschaftsbeziehungen neben Kooperation und Ausbau der Handelsbeziehungen auch Rivalität und Protektionismus. Im Verhältnis zum Gesamthandelsvolumen sind die umstrittenen Waren und Dienstleistungen mit ca. 3 % jedoch eher gering.

Heute sind die Europäer zusammen mit den Vereinigten Staaten, Russland und der UNO Mitinitiatoren des Nahost-Friedensplanes, der auf die Gründung eines Palästinenserstaates abzielt. In der Frage des umstrittenen iranischen Atomprogramms haben sich die Positionen der EU und der USA inzwischen angenähert, über die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) den politischen Druck auf Teheran zu erhöhen. Hinsichtlich der transatlantischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung wurden beim Gipfeltreffen zwei Abkommen zur gegenseitigen Rechtshilfe und zur erleichterten Auslieferung von Verdächtigen unterzeichnet, die bisher bestehende bilaterale Verträge zwischen den USA und einzelnen EU-Mitgliedstaaten ergänzen.

Dagegen blieben beim EU-USA-Gipfel zahlreiche grundlegende transatlantische Fragen ungelöst. Dazu gehören etwa die unterschiedlichen Auffassungen zum Internationalen Strafgerichtshof, der von den USA weiterhin abgelehnt wird, die US-Importzölle auf Stahl zum Schutz der heimischen Stahlindustrie und amerikanische und europäische Agrarsubventionen, die der Entwicklung der Landwirtschaft in der Dritten Welt schaden. Einen weiteren Streitpunkt bildet die Ablehnung bzw. Beschränkung von in den USA produzierten gentechnisch veränderten Lebensmitteln durch die EU. Die USA haben angekündigt, bei der Welthandelsorganisation (WTO) eine Aufhebung des in der EU geltenden Einfuhrverbots zu erreichen. Unverändert kontrovers stellen sich zudem die Positionen im Bereich der globalen Sicherheit dar, auch wenn sich die EU kürzlich auf eine Strategie einigte, die Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen notfalls auch mit Gewalt zu stoppen. Außerdem werden von amerikanischer Seite die Versuche der EU im Rahmen der gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), Krisenreaktionsstreitkräfte aufzubauen, eher skeptisch beurteilt.

#### Quellen und Literatur:

- [www.europe.eu.int/comm/external\\_relations/us/intro/index.htm](http://www.europe.eu.int/comm/external_relations/us/intro/index.htm) (Stand 27.06.2003);
- Stephan Bierling: Transatlantische Beziehungen, in: Jahrbuch der Europäischen Integration, 2000/2001, S.281-286;
- Risse, Thomas: Es gibt keine Alternative!, USA und EU müssen ihre Beziehungen neu justieren, in: Internationale Politik, Juni 2003, S. 9-18.

Bearbeiter: VA Dr. Schneider, Fachbereich XII - Europa